

Dr. Walter Hohlefelder

Präsident des Deutschen Atomforums e.V.

Eröffnungsansprache

- es gilt das gesprochene Wort -

Jahrestagung Kerntechnik, 22. bis 24. Mai 2007

Anrede,

als Präsident des Deutschen Atomforums begrüße ich Sie alle sehr herzlich zur Jahrestagung Kerntechnik, hier in Karlsruhe.

Ihre Stadt, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Fenrich, wirbt „Karlsruhe hat viel zu bieten!“. Und das im wahrsten Sinne des Wortes, denn Karlsruhe hat sehr viele Gesichter. Neben einer bunten Mischung aus dörflichen und urbanen Elementen ist Karlsruhe auch ein Aushängeschild für Hochtechnologie. Und jetzt auch die hohe Kunst des Fußballs – herzlichen Glückwunsch zum Aufstieg in die 1. Bundesliga.

Im letzten Jahr durfte ich den Aachenern dazu gratulieren. Nun also den Karlsruhern. Kernenergie und Erstklassigkeit – das passt gut zusammen. Und erstklassisch ist auch einer der wichtigsten Forschungsstandorte für die Kerntechnik, der hier beheimatet ist: Das Forschungszentrum Karlsruhe, als eine der größten und unabhängigen natur- und ingenieurwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in Deutschland. Ursprünglich noch ein reines „Kernforschungszentrum“, kam es dem Forschungszentrum Karlsruhe als Gründungsaufgabe zu, die Kerntechnik in Deutschland mit zu entwickeln. Nicht vergessen zu erwähnen, möchte ich jedoch auch die hiesige Universität mit dem Institut für Kerntechnik und Reaktorsicherheit.

Für uns allesamt gute Gründe, Karlsruhe als Veranstaltungsort der Jahrestagung zu wählen.

Anrede

Forschung kann für Fortschritt sorgen. Spitzenleistungen werden durch unsere Wissenschaftler erbracht und Neuerungen finden Tag für Tag Anwendung in der Technik.

Doch dafür braucht Forschung auch Freiheit. Unnatürliche Grenzen, die aus ideologischen Vorfestlegungen gesetzt werden, widersprechen dem Prinzip der Freiheit in Forschung und Lehre. Es ist wichtig, immer wieder darauf aufmerksam zu machen. Denn nach wie vor besteht das von Rot-Grün verhängte Forschungsverbot bei der Reaktorentwicklung. Ein Technologie- und Wirtschaftsstandort – noch darf Deutschland sich als solcher bezeichnen – kann und darf sich das Festhalten an „Grundsätzen von gestern“ einfach nicht leisten. Falsche und wirtschaftsschädigende Grundsätze von Einst werden nicht dadurch richtig, nur weil man an ihnen festhält – nein, sie bleiben auch in Zukunft falsch. Doch leider scheint Realitätsfremde noch immer ein vorherrschendes Gut in der energie- und umweltpolitischen Diskussion in Deutschland zu sein. Dem Ausland ist es recht und es macht sich unsere Selbstisolation in der kerntechnischen Forschung sowie beim „Ausstieg“ wahrlich nicht zum Vorbild.

Die internationale Entwicklung verdeutlicht das: Weltweit – nur nicht unter Beteiligung Deutschlands – wird an neuen Reaktorkonzepten, der sogenannten Generation IV, gearbeitet: mit noch besseren Sicherheitseigenschaften, höheren Effizienzgeraden, besseren Möglichkeiten der Wärmeauskopplung und weniger radioaktiven Abfällen. Diese Anlagen sollen spätestens ab 2030 einsetzbar sein. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Deutschland sich an diesen Forschungs- und Entwicklungsaufgaben praktisch als einzige Industrienation nicht unmittelbar beteiligt. Offenbar nimmt die Union hier ohne Not Rücksicht auf ihren Koalitionspartner. Als Industrienation können wir uns das aber nicht leisten. Ob man die Kernenergie nun als Übergangstechnologie sieht – wie auch Kohle, Öl und Gas -, sie hat jedenfalls eine weitaus längere Perspektive als 2020 und diese Perspektive sollte auch in Deutschland erhalten werden. Die Option Kernenergie muss offen bleiben.

Es ist eminent wichtig, stets neue Wege zu begehen und auch neue Technologien zu erforschen. Eine Chance liegt sicherlich auch in der Kernfusion. Es ist noch ein weiter Weg, keine Frage. Doch das Ziel, einen energieliefernden Prozess für die Menschheit verfügbar zu machen, der seit Urzeiten schon in der Sonne und in den Sternen abläuft, ist es wert, verfolgt zu werden. Dass dieser Prozess nicht auf die Regionen fernab der Erde begrenzt bleiben muss, soll der ITER zeigen. Im experimentellen Fusionsreaktor stecken große Hoffnungen. Herr Ikeda wird uns – nebst der wissenschaftlichen Zusammenarbeit

beim ITER-Projekt – heute sicherlich Interessantes davon zu berichten wissen.

Die internationale Entwicklung verdeutlicht auch: Weltweit wird verstärkt auf die friedliche Nutzung der Kernenergie gesetzt. 29 Kernkraftwerksblöcke befinden sich in zehn Staaten im Bau. Darüber hinaus bereiten Energieversorgungsunternehmen die Errichtung von rund 40 Kernkraftwerken vor. In Europa werden wir schon in wenigen Jahren über zwei neue Druckwasserreaktoren der Generation III verfügen. Die Finnen bauen ihn bereits. Die Franzosen haben im letzten Monat die Baugenehmigung erteilt.

Anrede

Während die deutsche Politik des „Ausstieg“ – bis zum heutigen Tag – international nun wirklich keinen Vorbildcharakter hat, sollten wir uns vielmehr ein Beispiel an der sachlichen, an Fakten orientierten Diskussion in der Frage der zukünftigen Gestaltung der Energieversorgung nehmen, wie sie in einem der Schwerpunktländer unserer diesjährigen Tagung, Großbritannien, stattfindet.

Premierminister Blair hatte Anfang des letzten Jahres den Bau neuer Kernkraftwerke angekündigt. Mitte des Jahres sprach sich die britische Regierung dann offiziell mit dem Energy Policy Review für den Neubau aus. Begründet wurde dies mit der Sicherung des Energiebedarfs

sowie mit der notwendigen Senkung des Kohlendioxidausstoßes. Der dabei von der Labour-Regierung zu überspringende – selbst geworfene – Schatten war groß, da man noch 2003 davon ausging und beschloss, künftig auf die scheinbar „unattraktive Option“ Kernenergie verzichten zu können.

Doch die britische Regierung hat ihren Schatten übersprungen – nur ganze drei Jahre später. Die Kernenergie ist für die Briten wieder ein unverzichtbares Instrument, nicht nur in der Klimavorsorge. Die im letzten Jahr vorgenommene Kehrtwende zeugt somit deutlich von Pragmatismus in der Energie- und Umweltpolitik des Landes. Der offizielle Regierungsbeschluss, das sogenannte White Paper, wird in diesen Tagen erwartet.

Kurzum: In Großbritannien haben sich die vormals noch vermeintlich gültigen Annahmen als nicht zutreffend erwiesen. Nur im Vergleich zu den Deutschen haben die Briten das auch erkannt und entschieden gehandelt.

Anrede

Der im Sommer stattfindende Energiegipfel soll es zeigen: Setzt Deutschland weiter auf einen breiten Energiemix – inklusive Kernenergie – oder verabschiedet sich die Politik immer weiter von

diesem über Jahrzehnte bewährten Energiekonzept. Mit großer Spannung erwarten wir daher den Energiegipfel, unter Leitung von Bundeskanzlerin Merkel, der zentrale Weichenstellungen für ein zukunftsfähiges Energieprogramm markieren soll.

Es ist auch höchste Zeit, ein in sich schlüssiges und langfristiges Energiekonzept zu entwickeln. Die Energiewirtschaft benötigt für die zu treffenden Investitionen stabile und verlässliche Rahmenbedingungen. Ein Energieprogramm, das nur bis zum Ende der Legislatur in 2009 reicht – und danach vielleicht wieder verworfen wird – hilft jedoch keinem. Es geht bei den energiepolitischen Entscheidungen um nicht weniger als die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Die Kernenergie darf deshalb auf der Agenda des Energiegipfels nicht ausgeklammert werden. Unsere Position haben wir mehr als deutlich gemacht. Wenn nicht alle Optionen, die uns zur Sicherung einer nachhaltigen Energieversorgung zur Verfügung stehen, vorurteilsfrei berücksichtigt werden, so wird das Energiekonzept am Ende große Mängel aufweisen und sich als nicht tragfähig – ja, nicht zukunftsfähig erweisen.

Eines steht schon jetzt fest: der Druck, der auf der Großen Koalition lastet, ist enorm. Nicht zuletzt wegen des in der Koalitionsvereinbarung beschriebenen Dissenses in der Frage der Kernenergienutzung. International für Druck sorgt darüber hinaus der Anfang des Monats vom IPCC vorgestellte dritte Teil des UN-Klimaberichts. Dieser benennt die Kernenergie ausdrücklich als mögliches Instrument zur

Reduktion von Treibhausgasen – heute und auch in den nächsten Jahrzehnten.

Ebenso das von der Europäischen Kommission zu Beginn des Jahres vorgelegte Strategiepapier „Eine Energiepolitik für Europa“. Die Kommission hob ganz klar und nüchtern den bedeutenden Beitrag der Kernenergie hervor. Das ist auch verständlich, denn die Kernenergie wird allen Anforderungen an eine nachhaltige Energieversorgung gleichermaßen gerecht: sie dient der Klimavorsorge, sie stärkt die Versorgungssicherheit und sie ist eine wettbewerbsfähige Form der Energieerzeugung. Und der Druck aus Europa hat mit den EU-Ratsbeschlüssen weiter zugenommen. Es ist ganz klar: Die Beschlüsse waren nur möglich, weil trotz der Treibhausgas-Reduktionsziele für ganz Europa von Deutschland ein überproportional hoher Anteil bei der Zielerreichung erwartet wird. Auf dieser Linie liegt die Forderung von Umwelt-Kommissar Dimas, dass Deutschland – als die größte Volkswirtschaft in der EU – im Bereich der Klimavorsorge ganz besonders in der Pflicht sei.

Und Deutschland sieht sich in der Pflicht – zu Recht. So sehr, dass die Bundesregierung nun sogar den Ausstoß an Treibhausgasen um 40 Prozent bis 2020 senken will. Das hat Umweltminister Gabriel in seiner Regierungserklärung Ende April im Bundestag verkündet. Ein entsprechendes Maßnahmenpaket soll noch in diesem Jahr auf den Tisch gelegt werden. Gabriel hält dieses Paket für „außerordentlich

ehrgeizig“, aber „machbar“. Aber: Kernenergie, als eine mögliche Maßnahme? Fehlanzeige!

Anrede,

Die von Teilen der Politik immer wieder vorgetragene Behauptung, wir könnten die ehrgeizigen deutschen CO₂-Ziele trotz Ausstieg aus der Kernenergie erreichen, ist nicht haltbar.

Vielleicht werden wir in Deutschland trotz Ausstieg aus der Kernenergie das Treibhausgas-Reduktionsziel von 21 % bis 2012 gerade noch erreichen. Das in den Beschlüssen des Europäischen Rates formulierte Ziel, bis 2020 die Treibhausgasemissionen EU-weit um mindestens 20 %, für die Stromproduktion sind das über 30 % zu senken, aber definitiv nicht mehr. Und schon gar nicht das neue deutsche Reduktionsziel von 40 %. Das bedeutet eine Senkung der Emissionen von 270 Mio. Tonnen gegenüber 2006. Man kann sich sicherlich solche anspruchsvollen Ziele setzen. Dann muss man aber auch einkalkulieren, dass der Ersatz der wegfallenden Kernkraftwerksleistung in Deutschland nicht ohne den Bau neuer Kohle- und Gaskraftwerke möglich ist. Und das bedeutet, je nach eingesetztem Primärenergieträgertyp einen Anstieg der jährlichen CO₂-Emissionen um 65 bis 185 Millionen Tonnen gegenüber dem Einsatz der Kernenergie.

Die Bundesregierung muss sich entscheiden: Entweder sie bleibt beim Ausstieg. Dann verfehlt sie die Ziele zur CO₂-Reduktion mit Sicherheit. Oder sie revidiert den Beschluss und lässt längere Laufzeiten zu. Dann hat sie realistische Chancen, die Klimaschutzziele zu erreichen.

So stark der Konsensgedanke in unserer Gesellschaft auch ausgeprägt ist und man versucht, immer alles unter einen Hut zu bekommen – beides, Ausstieg und Erreichen der CO₂-Ziele ist nicht zu haben. Die Meinung in der Bevölkerung zur Kernenergie hat bereits begonnen, sich zu wandeln. Angesichts der Klimadiskussion der letzten Monate hat das Thema CO₂-freie Stromerzeugung durch Kernenergie in der öffentlichen Wahrnehmung erheblich an Bedeutung gewonnen. Umfragen zeugen davon. Laut einer repräsentativen forsa-Umfrage von Ende April glauben denn auch 59 Prozent der Bundesbürger, dass bei der Energieversorgung zukünftig auf die „Atomenergie“ nicht völlig verzichten werden könnte. Bemerkenswert ist vor allem der Wert bei den Anhängern der SPD: hier sind es immerhin auch 55 Prozent. Dies alles ist ein Beleg dafür, dass sich das Meinungsbild zugunsten der Kernenergie in den letzten Jahren stetig verbessert hat. Die Behauptung, die Mehrheit der Bevölkerung sei für den Ausstieg, lässt sich angesichts der Umfrageergebnisse wahrlich nicht länger aufrecht erhalten. Gründe dafür gibt es viele. Einer davon ist sicherlich die sich spürbar versachlichende Berichterstattung in den Medien, z. B. der bemerkenswerte Artikel von Fritz Vorholz in der "Zeit" vor

wenigen Wochen mit der bezeichnenden Überschrift: "Umweltschutz und Nuklearausstieg lassen sich nur schwer vereinbaren".

Dass diese Fakten dem ein oder anderen nicht schmecken, ist nachvollziehbar. Im Gegenzug aber immer neue unhaltbare Argumente gegen die Kernenergie ins Feld zu führen, ist nicht der richtige Weg. Eines der letzten lautete, Kernenergie – betrachte man den gesamten Lebenszyklus – emittiere mehr CO₂ als Braunkohle. Wenn man nicht schon einiges beim Thema Kernenergie gewohnt wäre, würde man sich spätestens bei diesem absurden Argument nur noch wundern. Die Debatte hat aber auch ihr Gutes. Durch die öffentliche Korrektur in den Medien ist jetzt auch dem letzten klar, dass mit Kernenergie CO₂-freier Strom erzeugt wird. Das breit zu vermitteln, haben wir bislang nicht so richtig geschafft. Herrn Beck ist es gelungen. Dafür sollten wir ihm dankbar sein.

Auf ein anderes unhaltbares Argument möchte ich im Folgenden eingehen: Das Argument, der Weiterbetrieb der Kernkraftwerke gehe zu Lasten der Erneuerbaren. In einem breiten Erzeugungsmix ist Platz für alle Energieträger. Deshalb halte ich auch nichts von Diskussionen regenerative Energien versus Kernenergie. Es geht nicht um ein entweder – oder!

Unterstellt man für das Jahr 2020 eine vergleichbare Stromerzeugung aus Kernenergie wie heute, ließe die prognostizierte Deckungslücke

bei der Stromversorgung noch genügend Raum für den Ausbau der Erneuerbaren Energien auf einen Anteil im Mix von über 27 Prozent, wie ihn der Bundesumweltminister anstrebt. Darüber hinaus ist eine Verdrängung der Erneuerbaren durch Kernenergie auch schon aufgrund der Vorrangregelung für Erneuerbare Energien unmöglich. Das Argument, eine Aufgabe der Ausstiegspolitik gehe zu Lasten der Erneuerbaren geht somit an der Realität vorbei und ist schlichtweg falsch.

Zusammengefasst also:

Wir brauchen in Deutschland endlich eine Neubewertung der Kernenergie im Rahmen einer offenen und vorurteilsfreien Diskussion. Es gibt dazu keine Alternative.

Jetzt vollendete Tatsachen durch das Abschalten von Kernkraftwerken zu schaffen, ist das völlig falsche Signal. Richtig und im Übrigen gesetzeskonform sind deshalb die Anträge auf Strommengenübertragung. Das damals unter Rot-Grün verabschiedete Atomgesetz ermöglicht solche Strommengenübertragungen – nicht nur von „alten“ auf „neue“ Anlagen, sondern explizit auch von „neu“ auf „alt“.

Der vom BMU beabsichtigte Sicherheitsvergleich zwischen den bei der Übertragung beteiligten Anlagen widerspricht nicht nur der

Kernenergieverständigung, sondern auch dem Atomgesetz. Das Gesetz kennt keine Sicherheitsvergleiche. Entweder eine Anlage ist sicher, oder sie ist es nicht. Und die deutschen Kernkraftwerke sind sicher, sonst würden die Aufsichtsbehörden die Genehmigungen entziehen.

Zudem ist das Sicherheitsniveau der deutschen Anlagen im weltweiten Vergleich eines der höchsten. So werden alle Anlagen mit großem Aufwand ständig sicherheitstechnisch verbessert und dem Stand von Wissenschaft und Technik nachgeführt. Und was häufig übersehen wird: Die Kernkraftwerke in Deutschland sind mit einem Durchschnittsalter von rund 24 Jahren vergleichsweise jung – bezogen auf die erwartete Lebensdauer und mit Blick auf das Ausland.

Anrede

Ein Meilenstein in der Endlagerfrage wurde in Deutschland Anfang April erreicht. Das höchste deutsche Verwaltungsgericht hat mit seiner Beschlussfassung alle Klagen gegen das Endlager „Schacht Konrad“ abgewiesen und für Klarheit beim Thema Endlagerung gesorgt. Die Genehmigung des Endlagers ist somit rechtskräftig und der Weg für den Ausbau endlich frei. Die Beschlüsse des Bundesverwaltungsgerichts lassen keinen Interpretationsraum mehr offen.

Daher muss mit dem Ausbau jetzt auch unverzüglich begonnen und die für den Ausbau notwendigen Mittel im Bundeshaushalt bereitgestellt werden. Die Bundesregierung ist jetzt in der Pflicht für die zeitnahe Bereitstellung des Endlagers „Schacht Konrad“ Sorge zu tragen.

Positiv ist das vom Bundesumweltminister kommende Signal, denn laut Gabriel gibt es keine Alternative zur Umsetzung dieses Gerichtsurteils. Wir hoffen, dass diesen Worten jetzt auch Taten folgen werden. Ein weiterer Aufschub wäre mit nichts zu rechtfertigen. Zu lange schon beklagen wir in der politischen Lösung der Endlagerfrage einen Stillstand. Doch dieser Stillstand scheint auf der Seite Gorlebens weiterzugehen.

Der Bundesumweltminister verkündete schlagartig nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig, dass genau diese keine Auswirkungen auf die Gorleben-Debatte haben werde. Er bekräftigte, er halte die Untersuchung alternativer Standorte zu Gorleben weiterhin für erforderlich.

Ein solches Vorgehen ist unnötig und ein weiterer Versuch, die politische Lösung der Endlagerfrage zu vertagen. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat es im Jahr 2006 auf den Punkt gebracht und dem wiederkehrenden Ruf nach einer alternativen Endlagerstandorterkundung eine deutliche Absage erteilt. Das Atomgesetz verlangt keine

alternative Standorterkundung sondern einzig und allein ein geeignetes, weil sicheres Endlager.

Eine alternative Standorterkundung, wie schon von Rot-Grün verfolgt, widerspricht zugleich dem Ziel aus der schwarz-roten Koalitionsvereinbarung: „Zügig“ und „ergebnisorientiert“ wolle man die Endlagerfrage lösen, heißt es da.

Wenn die Bundesregierung es ernst damit meint, so ist das Moratorium in Gorleben endlich aufzuheben und die Erkundung wiederaufzunehmen.

Dass dies auch durchaus möglich ist, zeigt der Bundesumweltminister, nur zwei Tage nach dem Urteil aus Leipzig. Sollte die CDU/CSU eine neue Standortsuche mittragen, werde er die Unterbrechung der Arbeiten im Erkundungsbergwerk „sofort aufheben“. Erstaunlich, denn damit gesteht er doch offenkundig ein, dass nichts gegen die Aufhebung des Moratoriums spricht.

Anrede

Die in der Kernenergieverständigung von 2001 zwischen Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen vereinbarte schrittweise Lösung der Endlagerung ist exakt beschrieben:

- Erstens: Die methodisch-konzeptionellen und sicherheitstechnischen Fragen, die sogenannten Zweifelsfragen, zum Salzstock Gorleben sollten geklärt werden.
- Zweitens: Die gerichtliche Überprüfung des Planfeststellungsbeschlusses für den Schacht Konrad im Hauptsacheverfahren sollte abgewartet werden.

Dies alles ist geschehen. Spätestens mit Vorliegen der Beschlussfassung des Bundesverwaltungsgerichts sind sämtliche aus der Kernenergieverständigung an die Endlagerung gestellten Anforderungen erfüllt.

Ich halte es daher für notwendig, es noch einmal klarzustellen: Die Verständigung ist keine Einbahnstraße. Auch die Politik muss sich an sie halten.

Anrede

Erneut ist es uns gelungen, hervorragende Redner für unsere Jahrestagung zu gewinnen. Erwarten dürfen wir abwechslungsreiche und interessante Vorträge.

Herr Lederer wird uns in seinem Vortrag die Situation der deutschen Energieversorgung darlegen. Nur mit einer sachlichen und nüchternen Bestandsaufnahme ist es auch möglich, Perspektiven und Handlungsspielräume für eine nachhaltige Energieversorgung aufzuzeigen. Ich bin schon sehr gespannt auf Ihre Ausführungen, Herr Lederer.

Die von Industrie und Wirtschaft an die deutsche Energiepolitik gestellten Anforderungen wird uns Herr Thumann erläutern. Ich freue mich, Sie hier bei uns begrüßen zu dürfen, Herr Thumann.

Dass andere Länder viel pragmatischer mit der Frage der Kernenergienutzung – gestern, heute und auch morgen – umgehen, wird uns Herr Güldner in seinem Vortrag über die weltweiten Perspektiven der Kernenergie näher bringen.

Die Referenten Weightman, Golby und Lipman, aus unseren diesjährigen Schwerpunktländern, berichten von den Perspektiven in Großbritannien und den USA. Meine Herren, wir sehen Ihren Vorträgen mit Interesse entgegen.

Der diesjährige Festvortrag wird sich mit dem Thema befassen „Elektronen in Nanostrukturen – von dünnen Drähten zu einzelnen Molekülen und Atomen“. Herr von Löhneysen, seien auch Sie herzlich willkommen.

„Neue Entwicklungen in der Energiepolitik der Europäischen Union“ wird uns Herr Schenkel aufzeigen. Im Anschluss daran, da bin ich mir sicher, wird Herr Ministerpräsident Oettinger – er wird am Nachmittag zu uns stoßen – die Situation der deutschen Energiepolitik einer kritischen Bestandsaufnahme unterziehen.

Zu guter Letzt, richte ich einen herzlichen Dank an all jene, die zur Vorbereitung und Durchführung unserer Jahrestagung beigetragen haben. Mein besonderer Dank geht selbstverständlich auch in diesem Jahr an die Mitglieder des Programmausschusses.

Uns allen wünsche ich nun eine interessante und erfolgreiche Jahrestagung 2007.